Preis 10 Pfennig. Abend-Ausgabe.

Die Freiheit

Redaktion: Berlin NW 6, Schiffbauerdamm 19 III.
Fernsprecher: Amt Norden 2893 und 2896.

Die „Freiheit" erscheint zweimal täglich, morgens und nachmittags, an Sonn- und Festtagen nur morgens. Der Bezugspreis beträgt bei freier Zustellung ins Haus für Groß-Berlin monatlich 3 M., bei Zusendung unter Streifband 4 M. Für die Erledigung auswärtiger Bestellungen ist vorherige Einsendung der Bezugsgebühr erforderlich. — Die „Freiheit" ist im ersten Nachtrag der Postzeitungsliste für 1918 eingetragen und kostet bei direktem Postbezug ohne Bestellgebühr monatlich 3 M.

Berliner Organ der Unabhängigen Sozialdemokratischen Partei Deutschlands

Expedition: Berlin NW 6, Schiffbauerdamm 19 IV.
Fernsprecher: Amt Norden 11007 und 11008.

Inserate kosten die siebengespaltene Millimeterzeile oder deren Raum 80 Pf. „Kleine Anzeigen" das fettgedruckte Wort 30 Pf., jedes weitere Wort 15 Pf. Teuerungszuschlag 30 Prozent. Bei Familienanzeigen und Versammlungsankündigungen von Gewerkschaften und politischen Organisationen fällt der Teuerungszuschlag fort. Inserate für die Morgenausgabe müssen bis 5 Uhr abends am Tage zuvor, Inserate für die Nachmittagsausgabe bis vorm. 11 Uhr bei der Expedition aufgegeben sein.

Jahrgang 1 — Montag, den 9. Dezember 1918 — Nummer 45

Gegenrevolutionäre Umtriebe in Hamburg.

Gleiches Vorgehen in Hamburg und Berlin.

Hamburg, 8. Dezember. Die **Presseabteilung des Arbeiter- und Soldatenrates** meldet:

Die bisherigen **Ermittelungen** über eine **geplante Gegenrevolution** haben folgenden **Sachverhalt** ergeben:

An den Redakteur des „Hamburgischen Korrespondenten", **Abter**, traten vor einer Woche Kapitalisten und Reaktionäre mit der Anfrage heran, ob er ihnen nicht **Verbindungen mit Soldatenkreisen** verschaffen könne. Es handele sich darum, führende radikale **Mitglieder des Arbeiterrates zu verhaften** und unschädlich zu machen, um den Arbeiterrat mit gemäßigten Elementen zu besetzen und sofort den Senat und die Bürgerschaft zur Schaffung einer Hamburgischen Verfassung einzuberufen.

Abter hatte Beziehungen zu dem Matrosen **Zeller**, dessen Tätigkeit in der Revolution er in zwei Artikeln des „Hamburgischen Korrespondenten" überschwenglich gefeiert hat. Dem Zeller gesellten sich die ehemaligen Mitglieder der Presseabteilung des Arbeiter- und Soldatenrates, **Freund** und **Wolf**, bei. In mehreren Besprechungen zwischen Freund, Wolf, Zeller und Abter wurde beschlossen, **vierzehn Mitglieder des Arbeiter- und Soldatenrates** und andere im Vordergrund stehende **Revolutionäre zu verhaften**, nämlich Laufenberg, Heise, Herz, Kalwein, Siemer, Frau Salbe, Schneider, Frölich, Dittmann, Scharlich, Scheible, Lamp'l, Lindau und Setter. Diese sollten am Montag morgen 6 Uhr in ihrer Wohnung festgenommen und mittels Auto dem Untersuchungsgefängnis zugeführt werden. Am Montag abend sollte das **Rathaus militärisch besetzt** werden. Die von Zeller unterzeichneten Proklamationen und Aufrufe, die der Bevölkerung von der neuen Volksregierung Mitteilung machen sollten, waren bereits entworfen und sollten am Sonntag nachmittag an die Druckerei gegeben werden. Von einer Gruppe Kapitalisten war nach der Erklärung Abters eine **halbe Million** zur Verfügung gestellt, mit der die Verschworenen bestochen werden sollten. Auch Senatsmitglieder waren von dem Plan unterrichtet.

Am Freitag abend fanden im Hotel „Vier Jahreszeiten" Besprechungen Zellers und seiner Mitverschworenen mit acht bis zehn Geldgebern statt. Hier wurden alle Einzelheiten und Pläne besprochen. Die Kapitalisten versprachen, Geld in unbeschränktem Maße zur Verfügung stellen zu wollen. Der ehemalige liberale Reichstagsabgeordnete **Blunck** hatte sich anfänglich für den Plan sehr lebhaft interessiert, hatte aber dann Bedenken bekommen und sich gegen den Plan wegen seiner Undurchführbarkeit ausgesprochen. Auch der **Polizeihauptmann von Restorff** war an der Besprechung beteiligt, hatte sich aber gleichfalls gegen diesen Plan gewandt. Am Sonntag nachmittag hatte Zeller mit den übrigen Verschworenen in einem Hamburger Restaurant eine Fluchtbesprechung. Hierbei wurden sie durch den Arbeiter- und Soldatenrat festgenommen, der bereits seit einigen Tagen vom Stande der Dinge Kenntnis hatte. Welche Kapitalistenkreise an dem Putsch beteiligt sind, und wie weit er in offizielle Kreise hineinspielt, wird noch später mitgeteilt werden.

Der Hamburger Plan hat große Aehnlichkeit mit dem, dessen Ausführung am Freitag in Berlin versucht worden ist. Uns scheint denn doch, daß endlich auch die Rechtssozialisten merken müßten, wo die Gefahr steht. Es ist die schlechteste Methode, den Kopf in den Sand zu stecken und zu tun, als ob eigentlich nichts los wäre.

Auch wir meinen, daß alle Gefahren gebannt werden können, wenn energisch zugefaßt wird, wenn die Gegenrevolutionäre erkennen, daß **alle** Sozialisten entschlossen sind, jeden Angriff auf die Revolution mit allen Mitteln zu parieren. Dazu ist aber vor allem notwendig, daß die Massen nicht irregeführt werden, durch die Aufputschung [illegible] sondern daß ihnen die wirkliche Lage geschildert wird. In Wirklichkeit verfügt die Gegenrevolution noch über [illegible] Machtmittel und wartet nur auf die Gelegenheit, Gebrauch von ihnen zu machen. Die bürgerliche Presse weiß, warum sie die Gefahr leugnet. Aber wir erachten es als schweren Fehler, daß die Rechtssozialisten sie darin noch unterstützen.

Das Programm der hessischen Regierung.

Darmstadt, 8. Dezember. Ueber den **Ausbau der neuen Republik** sprach **Ministerpräsident Ulrich** vormittags in einer sozialdemokratischen Volksversammlung vor einer vieltausendköpfigen Zuhörerschaft aus allen Schichten der Bevölkerung. Der Ministerpräsident sprach einleitend der hessischen Beamtenschaft seine Anerkennung dafür aus, daß sie ihrer Pflicht dem Vaterlande gegenüber durch Ausharren auf ihrem Posten treu geblieben sei. Er skizzierte den militärisch-politischen Zusammenbruch Deutschlands und den verhältnismäßig ruhigen Verlauf der Revolution. Als er vom Revolutions-Sonnabend ins Schloß gerufen wurde, habe er dem damaligen Großherzog erklärt, wenn Blutvergießen verhindert werden solle, müsse der Großherzog freiwillig abdanken. Leider habe der Großherzog, dessen tragischem Geschick als Mensch man die Achtung nicht versagen dürfe, anders entschieden. Daß dennoch Blutvergießen verhindert sei, sei der anerkennenswerten, opferbereiten Arbeit der Arbeiter- und Soldatenräte zu verdanken. Nach dem schmählichen Verhalten seiner Träger sei der **monarchische Gedanke in Deutschland erledigt**.

Für die ordnungsmäßige Durchführung des Rückmarsches der Feldsoldaten gebühre diesen wie den Offizieren und auch dem Generalfeldmarschall v. Hindenburg der Dank des Vaterlandes. Erst wenn die **Nationalversammlung**, für die aus technischen Gründen leider ein früherer Termin sich nicht habe anberaumen lassen, gebildet sei, werde die Frage der Sozialisierung der dazu geeigneten Großbetriebe erwogen werden können. Die **Fideikommisse** müßten anderweitig nutzbar gemacht werden. Die hessische Regierung werde dafür eine Kommission einsetzen, ebenso wie für die Frage der Zivilliste und der damit zusammenhängende Ueberführung der Domänen in den ungeteilten Staatsbesitz. Das lasse sich jedoch nicht über Nacht machen. Allerdings, daran werde nicht gerüttelt, daß die Zeit der **lohnkapitalistischen Ausbeutung** vorüber sein müsse. Die Hauptsache der Regierung seien die **Ernährungs- und Verkehrsfragen**. Die Landwirtschaft scheine ihrer Pflicht zur Ablieferung ihrer Erzeugnisse nachzukommen. Rohstoffe seien nach Auskunft der zuständigen Reichsstelle noch genügend vorhanden. Von mancher Seite würden besonders die Rohstoffschwierigkeiten übertrieben in der dunklen Absicht, die vorhandene Unsicherheit zu steigern. Die besitzenden Klassen müßten sich daran gewöhnen, zu wesentlich höheren Steuern herangezogen zu werden.

Weitere Aufgaben des neuen Volksstaates seien die Reform des Schulwesens und die Förderung von Kunst und Wissenschaft. In der Kunst, die dem Volke gehören solle, müsse für die schaffende Jugend freie Bahn gegeben werden. Weitere Programmpunkte seien die Koalitionsfreiheit, auch für die Beamten, die Freiheit der Presse, die Neugestaltung der Polizei und die Beseitigung aller Schranken für die religiöse Betätigung. Unter allen Umständen müsse die **Einheit Deutschlands** aufrecht erhalten bleiben. An der Pforte der neuen Republik sollen die Worte stehen: Pflicht der Arbeit, Recht des Lebens.

Die republikanische Soldatenwehr.

Die durch kriegsministerielle Verfügung vom 21. 11. 18 angeordnete Aufstellung der 10 000 Mann starken Republikanischen Soldatenwehr ist beendet. Diese Truppe hat die Aufgabe, die Ruhe und Ordnung in Berlin aufrechtzuerhalten.

Die im Dienste der Republikanischen Soldatenwehr stehenden Mannschaften tragen **feldgraue Friedensuniform** mit roter Armbinde, auf der sich in schwarzem Druck die Aufschrift „Republikanische Soldatenwehr" und eine besondere Nummer für jeden Soldaten befindet.

Außerdem besitzt jeder Mann der Soldatenwehr eine rote Ausweiskarte, deren Nummer mit der der Armbinde übereinstimmt. Die Ausweiskarte ist mit dem Stempel der Kommandantur, der Photographie des Inhabers und der Unterschrift des Kommandanten versehen.

Sämtliche Mannschaften der Republikanischen Soldatenwehr tragen Schußwaffe und Seitengewehr.

(gez.) **Otto Wels.**

Aufgaben!

Die Revolution ist eine strenge Herrin. Sie beansprucht ihre Jünger mit Leib und Seele, sie fordert die höchste Anspannung aller Kraft in ihrem Dienst. Fast täglich stellt sie neue Aufgaben und heischt ihre sofortige Lösung. Ständig muß das Proletariat auf der Wacht sein, um das Gut der Freiheit zu wahren, um Machenschaften der Gegenrevolution zu vereiteln.

So hat das Proletariat Groß-Berlins am großen Demonstrationssonntag gezeigt, daß es entschlossen ist, sich die Frucht des 9. November nicht rauben zu lassen. Durch eine großartige Kundgebung seines Willens hat es die Spekulanten der Gegenrevolution gewarnt, hat es den Saboteuren der Freiheitsbewegung zu erkennen gegeben, daß sie auf einen Wall entschlossener Kämpfer stoßen werden, wenn sie den verbrecherischen Versuchen des Freitags neue folgen lassen würden.

Die starken Aufregungen, die diese Anschläge in der Arbeiterschaft ausgelöst haben, werden verstärkt durch innere Spannungen in der Partei selbst. Sie zeigen sich in den verschiedenen Schattierungen, die in den Reden unserer Genossen in ihren gestrigen Versammlungen zu erkennen sind. So hat Genosse Lebebour den Austritt der Unabhängigen Sozialdemokratie aus der Regierung gefordert und erklärt, daß er den Eintritt immer für falsch gehalten habe. Wir registrieren das hier vorerst nur als Zeichen dafür, wie auch diese inneren Auseinandersetzungen an der Seele unserer Genossen zerren, wie ihre Kräfte auch unter dem Ansturm der Tendenzen von rechts und links angegriffen werden, die auf eine zwischen zwei sozialistischen Richtungen stehende Partei natürlich besonders stark einwirken müssen.

In allen diesen Stürmen der wilden Zeit aber dürfen wir die eine Aufgabe nicht aus dem Auge verlieren, die uns die Ausschreibung der Wahlen zur Nationalversammlung stellt. Der Aufruf der Parteileitung zum Eintritt in die Wahlagitation ist ergangen, die Fanfare zum Wahlkampf ist erklungen. Sie muß nun das lebendige Echo der Massenbewegung wecken, sie muß gefolgt sein von der energischen Aktion unserer Organisationen.

Mehr als je muß alle ihre Kraft bis zum äußersten eingesetzt werden. Denn die Entscheidung, die am 16. Februar fallen wird — mit einer weiteren Hinausschiebung des Termins dürfen wir nicht rechnen — ist die folgenschwerste, die das deutsche Volk, die die Massen der Wähler seit Bestehen des Reiches zu treffen hat. Für Jahrzehnte wird sie dem Schicksal der Nation die Richtung geben, wird sie über die Geschicke des deutschen Proletariats und die Entwicklung der internationalen Arbeiterbewegung entscheiden. Die Revolution ist mit dem Stimmzettel zu verteidigen, zu befestigen, ihre Fortentwicklung zur vollen Auswirkung zu sichern. Große Scharen neuer Wähler müssen in die politische Bewegung hineingezogen, müssen mit den brennenden politischen Problemen vertraut gemacht werden, die hemmende Wirkung der Abgeschlossenheit von Millionen von Soldaten vom politischen Leben während der viereinhalb Jahre des Krieges muß überwunden werden, das politische Bewußtsein großer Frauenkreise, die bisland in Gleichgültigkeit abseits vom staatlichen und öffentlichen Leben standen, muß geweckt werden. Die Größe dieser Aufgabe darf uns nicht schrecken. Gewiß ruht eine erdrückende Arbeitslast auf den Schultern unserer Genossen. Aber wir müssen es verstehen, in dieser Entscheidungsstunde die Kräfte zu verdoppeln. Jahrelang konnten wir nicht zu den Massen reden und unsere Presse ist noch heute, da die Fesseln der Zensur gefallen sind, eine schwache Truppe gehemmt und bedrückt durch mancherlei technische und andere Erschwernisse. Und wir haben zu kämpfen mit den skrupellosesten Gegnern, mit einer Bourgeoisie, die die Angst um ihre Geldschränke zu den äußersten Anstrengungen und zu den niedrigsten und verlogensten Mitteln treibt, mit all den verzweifelten Manövern der Spekulanten der Gegenrevolution, mit dem großen, eingespielten Wahlapparat und der ausgebreiteten Presse der Rechtssozialisten, mit dem rücksichtslosesten Drauflosgerrtum des Spartakusbundes.

Das alles ist wahr, aber das alles muß uns nur um so mehr Ansporn sein, das Aeußerste, das Beste zu leisten.

Ein jeder, der sich Mitglied der Unabhängigen Sozialdemokratie nennt, muß in diesen Wochen Agitator sein, muß in seinem Kreise nach seinen Kräften unermüdlich tätig sein für die Partei. Die unscheinbare Arbeit der Vielen, die Kleinarbeit, die Agitation der Männer der Werkstatt, die Agitation von Mund zu Mund, sie muß mit gewaltiger Wucht einsetzen. Was uns an materiellen Mitteln abgeht, wir müssen es ersetzen durch das Feuer unserer Begeisterung.

Arbeit, Parteiarbeit, Wahlarbeit der Genossen und Genossinnen ist's, die uns not tut. Sie darf nicht vergessen werden über den vielen anderen Anforderungen, die die bewegte Zeit an uns stellt.

Atlanticus und das Reichsschatzamt.

Von Ed. Bernstein.

In seinem Artikel „Kriegsgewinn und Vermögenssteuer" geht Atlanticus sehr scharf mit dem Reichsschatzamt ins Gericht. An seiner Spitze stehe ein Mann, der in Wirklichkeit von seinem Fach weniger verstehe als jeder „Durchschnitts-Nationalökonomieprofessor", und von dessen Plänen man nichts vernehme. So wisse man nicht, ob die Absicht bestehe, die Kriegsgewinnsteuer wenigstens bis zur englischen und amerikanischen Höhe — 80 v. H. statt wie bisher in Deutschland 60 v. H. und weniger — auszubauen. Ebenso wie es mit einer großzügigen Vermögenssteuer stehe, die alle „wirklichen Fachmänner", alle „Finanzwirtschaftler" vorgeschlagen haben; kurz, man wisse nicht, ob das Reichsschatzamt überhaupt eine Aenderung des „Fortwurstelungssystems" in kürzerer Zeit plane.

Wenn das alles richtig ist, so trifft die Anklage nicht nur den Staatssekretär des Reichsschatzamts, sondern mit der Regierung, die ihm die höchste Stelle im Amt übertragen hat, auch den von dieser ihm zur Seite gesetzten Beigeordneten. Ja, diesen sogar noch mehr als jenen; denn seine Aufgabe ist es doch gerade, das Reichsschatzamt so weit als möglich im Sinne der Regierung bzw. der von dieser vertretenen Revolution anzufeuern. So wenigstens wird man in der Sozialdemokratie allgemein die Aufgabe der Beigeordneten auffassen, und nach meiner Ansicht auch mit Recht. Treffen die Anklagen von Atlanticus zu, so bedeuten sie den Vorwurf der Pflichtvergessenheit oder von Schlimmerem gegen den Schreiber dieses. Ich halte mich daher für gebunden, auf sie im Organ der Partei zu antworten, auf deren Vorschlag ich ins Reichsschatzamt gesandt wurde.

Nun ist am 15. November d. J. eine Verfügung vom Rat der Volksbeauftragten ergangen, welche Aktien- usw. Gesellschaften vorschreibt, gemäß den Vorschriften des Gesetzes über die Sicherung der Kriegssteuer vom 9. April 1917, 80 vom Hundert des im fünften Kriegsgeschäftsjahr erzielten Mehrgewinns als Kriegssteuerrücklage zurückzustellen. Diese Verfügung, die in der gesamten Presse bekanntgegeben ist, beantwortet die erste Frage von Atlanticus. Sie zeigt an, daß in der Tat die Erhöhung der Kriegsgewinnsteuer auf 80 v. H. bevorsteht. Wenn sie nicht vom Reichsschatzamt veröffentlicht, sondern vom Rat der Volksbeauftragten erlassen wurde, so liegt das in der ganzen Stellung des Amts begründet, das nur in beschränktem Umfange Vollziehungsbehörde ist. Im allgemeinen unterbreitet es von ihm für notwendig gehaltene Maßnahmen, die tiefer in das Wirtschaftsleben eingreifen, zunächst der Regierung. Diese ist es, die sie dann, sobald sie sie für gut befunden, verkündet.

Nun hat die Regierung in der Tat noch verschiedene solcher Maßnahmen beschlossen. Dahin gehört z. B. die Verordnung vom 15. November 1918, wonach die Post- und Telegrammüberwachung im Verkehr mit dem Auslande bis auf weiteres aufrechterhalten wird, „soweit sie im Steuerinteresse oder aus wirtschaftlichen Gründen erforderlich ist". Wichtiger noch ist die am 21. November d. J. bekanntgegebene Verordnung, wonach (§ 1) „Wertpapiere nur durch Vermittlung von Banken nach dem Ausland versandt oder überbracht werden dürfen", die Banken solche Aufträge und Uebertragung von Guthaben auf Ausländer nur ausführen dürfen (§ 2), wenn der Auftraggeber eine spezialisierte Erklärung darüber in doppelter Ausfertigung einreicht, um das eine Exemplar dieser Ausfertigung an das zuständige Besitzsteueramt weiterzugeben.

Diese Verordnungen sind vom Reichsschatzamt veranlaßt und richten sich zunächst ganz ersichtlich gegen die Kapitalflucht, wie sie denn auch den Titel führt: „Verordnung über Maßnahmen gegen die Kapitalabwanderung in das Ausland". Sie kündet aber für jeden, der von Steuerpolitik etwas versteht, noch mehr an. Mit gutem Riecher hat das ein Mitarbeiter der „Neuen Europäischen Zeitung", Dr. Hermann Zickert, herausgewittert, und wenn Atlanticus die Verordnung nicht gelesen oder sie für unbeachtlich gehalten hat, so kann ich ihm nur raten, den Artikel des Dr. Zickert nachzulesen, ohne mich selbstverständlich in allen Einzelheiten mit ihm einverstanden zu erklären.

Weiterhin darf Atlanticus überzeugt sein, daß die Frage einer durchgreifenden Vermögensabgabe das Reichsschatzamt sehr ernsthaft beschäftigt. An Vorarbeiten dazu fehlt es im Amt durchaus nicht; aber Atlanticus, der von Volkswirtschaft etwas versteht, sollte auch wissen, daß, bevor man den Gedanken in Gesetzesform bringt, man noch andere Faktoren in Betracht zu ziehen hat, als etwa das reine Finanzbedürfnis. Der Staat, der mit plumper Hand in Bedingungen des Wirtschaftslebens eingreift, bloß damit das Publikum sieht, „es geschieht etwas", kann dabei sehr schlechte Geschäfte machen, das Wirtschaftsleben sehr schädigen, ohne den höchstmöglichen Ertrag herauszuschlagen. Es ist eine Kleinigkeit, einen Steuertarif aufzustellen, der bis in die höchsten Prozentsätze geht; aber ob eine Regierung, die sich nur erst auf einen Revolutionsakt berufen kann, also dem ausgesetzt ist, daß die Gerichte ihren Verfügungen die Anerkennung der Rechtskraft versagen, einen solchen Tarif würde durchführen können, ohne zu einem Terror ihre Zuflucht zu nehmen, der sie mit Notwendigkeit in den schönsten Wirrwarr hineintreiben würde, ist eine andere Frage. Indes auch über die Ausschreibung von Steuern und Abgaben entscheidet zuletzt nicht das Reichsschatzamt, sondern die Regierung, die dabei noch verschiedene andere Aemter, wie z. B. das Reichswirtschaftsamt, das Amt für wirtschaftliche Demobilisation und nicht zuletzt auch das Auswärtige Amt, zu befragen haben würde. Denn gewisse Abgaben haben auch eine internationale Seite, und wie sehr uns gerade im gegenwärtigen Zeitpunkt international die Hände gebunden sind, brauche ich wohl nicht erst auszuführen.

Die internationale Frage spielt, um dies noch beiläufig zu erwähnen, übrigens auch sehr bedeutend in die Frage der Sozialisierungen hinein, wovon man sich überzeugen kann, wenn man den Text des Waffenstillstandsvertrags genauer durchliest und die Kundgebungen hinsichtlich der Entschädigungsforderungen der Entente aufmerksam verfolgt. Elendspolitiker, denen es gleichgültig ist, wie sich das Wirtschaftsleben Deutschlands in der vor uns liegenden Zeit gestaltet, und dem Wahn sich hingeben, daß je größer das Elend, um so sicherer aus dem Chaos das Paradies hervorgehen wird, mögen das alles für gleichgültig halten. Wer aber nicht diesen Wahn hegt, und zu ihnen gehört ja auch Atlanticus, der sollte nicht gleich schreien, wenn Maßnahmen, die wir alle für notwendig halten, nicht sofort ins Werk gesetzt, sondern für den Zeitpunkt vorbereitet werden, wo Deutschland sich wird wieder frei bewegen können, was heute auf finanzpolitischem Gebiete nicht der Fall ist.

Schließlich noch eine allgemeine Bemerkung. Wir sind uns alle darüber einig, daß hohe Steuern notwendig sind. Sie müssen kommen, und sie werden kommen. Wenn sie aber die gewünschten Erträge liefern sollen, dann muß unsere Aufmerksamkeit darauf gerichtet sein, das Wirtschaftsleben in gutem Gang zu erhalten bezw. zu kräftigen. Daran hat nicht zuletzt auch die Arbeiterschaft das größte Interesse. Daneben ist jetzt vor allem geboten, gegen das Verbringen von Werten in das Ausland und das Verbergen von Werten im Inland durch Scheinverkäufe und ähnliche Manipulationen Vorbeuge zu treffen.

Atlanticus darf überzeugt sein, daß diese Aufgabe im Reichsschatzamt voll gewürdigt wird. Nicht alles, was in bezug auf sie vorgeschlagen wird, läßt sich praktisch durchführen. Man kann nicht die Grenze mit einer lückenlosen Mauer von Truppen besetzen. Andere Maßnahmen werden notwendig sein und bieten sich dar, die Hinterzieher, wo nötig, auch nachträglich zu fassen; sie werden bekanntgegeben werden, wenn der rechte Zeitpunkt dafür gekommen ist.

Ein politisches Programm.

Der 68er Ausschuß, der „Zentralrat der Marine" hat nunmehr folgendes Programm für seine politische Tätigkeit aufgestellt:

I. Der 68er Ausschuß der Marine steht auf dem Boden der Errichtung einer sozialistischen Republik und verwendet sich für den baldigen Abschluß eines dauernden Völkerfriedens auf gleicher Grundlage.

II. Im Prinzip wird der Einberufung der gesetzgebenden Nationalversammlung zugestimmt, vorher verlangen wir:

a) Verstaatlichung aller dafür reifen Betriebe.
b) Hinreichende Gelegenheit zur Aufklärung der Massen bis zur Nationalversammlung bleibt die Gewalt in den Händen der Arbeiter- und Soldatenräte.

III. In Anlehnung an das Erfurter Programm werden folgende Maßnahmen verlangt:

1. Trennung von Staat und Kirche, sozialpolitische Gesetzgebung, grundlegende Umgestaltung des Wohnungs-, Gesundheits-, Erziehung- und Bildungswesens (Einheitsschule).
2. Bildung einer sozialistischen republikanischen Armee und Marine (Volkswehr).
3. Aufhebung aller Fideikommisse, Aufteilung des Großgrundbesitzes.
4. Restlose Erfassung aller Kriegsgewinne, Vermögensbeschlagnahme, auch der „toten Hand".
5. Zur Abtragung der Kriegsschuld und Sicherung der Reichsfinanzen durchgreifende Steuerreformen.
6. Strenge Bestrafung derjenigen Personen, die sich während des Krieges in betrügerischer Weise bereichert haben.
7. Vereitelung der Versuche der Kapitalisten, sich der Sozialisierung durch Flucht oder Verschwendung zu entziehen.
8. Einsetzen eines Volksgerichtes zur Untersuchung und Aburteilung der am Kriege schuldigen Personen, sowie derjenigen, die einen früheren Verständigungsfrieden vereitelt haben. Ueberdies strenge Bestrafung der Richter und Offiziere, die durch Kriegs- und Feldgerichte Schreckensurteile gefällt haben.
9. Ergreifung von Maßnahmen, die geeignet sind, gegenrevolutionäre Machenschaften zu ersticken.
10. Der „68er Ausschuß" erstrebt die Einigung der sozialistischen Massen Deutschlands und unterstützt die Bestrebungen, die eine Verständigung der sozialistischen Internationale anstreben.

Dies Programm kann im großen ganzen durchaus unseren Beifall finden. Ob die Aufteilung des Großgrundbesitzes eine Forderung ist, für die sich Sozialisten einsetzen sollen, muß allerdings dahingestellt bleiben. Es heißt wohl, daß der bäuerliche Kleinbetrieb wirtschaftlich dem Großgrundbesitz überlegen sei. Aber keinesfalls soll ja auch der Großgrundbesitz in seiner heutigen Art erhalten bleiben. Es käme seine Umgestaltung zu modernen, mit allen technischen Hilfsmitteln arbeitenden Großbetrieben in Frage, die natürlich ebenso wie alle anderen Großbetriebe Gemeineigentum und nicht mehr Ausbeutungsobjekte für einzelne „Besitzer" zu sein hätten, oder auch eine Vergebung einzelner Teile zur Bewirtschaftung (nicht zum Eigentum) bei genossenschaftlichem Zusammenschluß der mit der Bewirtschaftung Betrauten. Die praktische Erfahrung wird endgültig lehren müssen, welcher Weg am weitesten führt. Eine einfache Aufteilung, die nur einige Hunderttausend neuer Kleingrundbesitzer schafft, würde weder eine sozialistische Maßnahme sein noch volkswirtschaftlich vorteilhaft.

Die Tage der Krise im Großen Hauptquartier

Der Soldatenrat bei der Obersten Heeresleitung hat dem von ihm einberufenen Vertretertag der Feldsoldatenräte in Bad Ems eine Denkschrift vorgelegt, in der er über seine Entstehung folgende Darstellung gibt: Wilhelm II. kam in den Tagen höchster politischer Spannung nach dem Großen Hauptquartier in Spaa. Zu seinem persönlichen Schutze wurden umfangreiche Vorkehrungen getroffen, und ein als verläßlich bekanntes Sturmbataillon wurde

Das Friedensflugzeug.

Von Alexander Büttner.

Erst dem Kriege blieb es vorbehalten, die Entwicklung der Flugtechnik derart zu beschleunigen, daß die Probleme ihrer verschiedenen Verwendungsmöglichkeiten, die vordem fast Traumgebilde schienen, der Wirklichkeit nahe gerückt sind. Sicherlich wäre es im Interesse der Allgemeinheit sehr zu wünschen, daß das Flugzeug nunmehr nur noch friedlichen und kulturellen Zwecken dient, daß auch der Flugsport wieder aufkommt, und daß so, unabhängig von den militärischen Interessen und Forderungen, eine Fortentwicklung des Flugzeuges erfolgen kann.

Es ist klar, daß sich aus Flugzeugen, die den weitaus schwersten Anforderungen, denen des Krieges, haben genügen können, ohne Mühe auch Typen für friedliche Zwecke gestalten lassen. Die Konstrukteure brauchen ja beim Bau von Friedensflugzeugen die hindernden Voraussetzungen großer Steigfähigkeit, fabelhafter Geschwindigkeit und vieles andere mehr gar nicht weiter zu berücksichtigen. Fallen diese Bedingungen aber fort, so ergeben sich zahlreiche Möglichkeiten, in bezug auf Sicherheit, Flugdauer und Tragvermögen auch die Bequemlichkeit der Fahrgäste zu erweitern.

Das Interesse der Allgemeinheit wendet sich wohl in erster Linie den Verkehrsflugzeugen zu, wobei man nicht nur an einen Verkehr im öffentlichen Dienst, sondern auch an einen regelrechten Personenverkehr denkt. Ganz bestimmt läßt sich auf weitere und kürzere Strecken ein Postverkehr mit Flugzeugen einrichten, der sich auch über internationale Strecken ausdehnen kann, und der weniger in Ländern und Gegenden, die von Straßen- und Eisenbahnnetzen durchzogen sind, als in bisher noch unkultivierten Gebieten große Bedeutung erlangen wird. Gerade dort, wo Flugzeuge mangels geeigneter Verkehrswege konkurrenzlos sind, erwächst ihnen wohl ein ungeheures Betätigungsfeld. Allerdings kommen als Verkehrsflugzeuge nur Groß- und Riesenflugzeuge mit Motorenstärken von 1000 PS an aufwärts in Frage, die durch Verwendung mehrerer Motoren unbedingt betriebssicher sind und eine große Dauerleistung besitzen. Selbstverständlich bedingen diese die Schaffung von Flugstraßen, die bei eintretenden Schäden eine gefahrlose Landung gestatten und weiter die Errichtung geeigneter Flughäfen in unmittelbarer Nähe der Großstädte mit glänzenden Schnellverbindungen zur Stadt, damit die erreichen Vorteile des Schnellverkehrs durch Zeitverluste infolge schlechter Stadtverbindungen nicht zwecklos gemacht werden. Als Fahrgäste der Verkehrsflugzeuge werden sicher nur solche Leute in Betracht kommen, denen „Zeit Geld" ist, und die das immerhin stets teuer bleibende Schnellverkehrsmittel für ihre Geschäfte benötigen. Eine Verminderung des Fahrpreises ließe sich dadurch herbeiführen, daß man Verkehrs- und Postflugzeug vereinigt und aus den Portogeldern der mitgenommenen Postsachen einen Teil der Betriebskosten deckt. Ueberhaupt würde der Kilometerpreis des Luftverkehrs, wäre er selbst dreimal so hoch wie der des Bahnverkehrs, gern bezahlt werden, da durch ihn ja eine mindestens doppelt so schnelle Beförderungsmöglichkeit gegeben ist. Unzweckmäßig wird allein die Beförderung einzelner oder ganz weniger Personen auf kleinen Strecken sein. Je größer also die Mitfahrerzahl, und je weiter die Flugstrecke ist, desto rentabler und billiger gestaltet sich der zukünftige Luftverkehr. Darum darf man auch fest damit rechnen, daß die schon so lange geplante Uebersee-Schnellverbindung mit Flugzeugen, die nach dem heutigen Stande der Technik bestimmt ausführbar ist, über kurz oder lang mit großem Erfolg eingerichtet werden wird.

Ein immer wiederkehrender Lieblingsgedanke der Sportleute ist das Gegenstück der großen Verkehrsmaschinen, nämlich das nur für eine oder zwei Personen bestimmte reine Sportflugzeug, sei es nun allein zum Vergnügen gebaut, oder, daß es den Sonderzwecken gewisser Höchstleistungen oder bestimmter Wettbewerb-Ausschreibungen genügen soll. In den ersten Jahren seiner Entwicklung blieb es dem Flugzeug ja versagt, derartigen reinen Sport- und Vergnügungszwecken zu dienen; es wurde fast ausschließlich als Erwerbsquelle verwendet oder diente militärischen Zwecken. Und wenn es sich schwerer Geltung bei der Allgemeinheit verschaffte, als etwa der Kraftwagen, so liegt dies einmal an der Eigenart des Flugsports selbst, der alles Anfängertum gewissermaßen ausschließt und nur befähigte, gut ausgebildete Personen verlangt, und dann auch daran, daß die Anschaffung und der Unterhalt selbst für sehr reiche Leute viel zu kostspielig waren. Der Umstand nun, daß das Fliegen derartiger Kleinflugzeuge mit möglichst weit regulierbarer Geschwindigkeit, die im Fluge gesteigert und beim Landen verringert werden kann) bis heute sich durchaus nicht vereinfacht hat und auch auf Kosten, die ja hauptsächlich für die teuren Motoren aufgewendet werden, ebenfalls nicht geringer geworden sind, scheint das „Sonntagsnachmittags"-Fliegen und auch das Fliegen lediglich als Sport überhaupt unmöglich zu machen. Einzig und allein könnte die Sportfliegerei nach wie vor dem Kriege durch Vereine und Wettbewerbe ermöglicht und tatkräftig gefördert werden. Sie ließe sich auch dadurch aufrecht erhalten, daß Vereine mit staatlicher Unterstützung sich Flugzeuge halten und diese ihren Mitgliedern in ähnlicher Weise zur Verfügung stellen, wie dies vor dem Kriege die deutschen Luftfahrtvereine mit ihren Freiballons gemacht haben; dadurch könnten wiederum viele Flugzeugführer für den Sport herangebildet werden. Auch Rennen und Wettbewerbe werden wieder abgehalten werden, Schauflüge dürften wohl aber in erheblichem Maße nicht mehr stattfinden. Es kommt hinzu, daß die Flugzeugfabriken einer öffentlichen Werbung, wie ehedem, durchaus auch weiterhin bedürfen, da auch wieder Privatabnehmer vorhanden sein werden. Ob internationale Wettbewerbe zukünftig ausgetragen werden, erscheint zweifelhaft. Sie würden ja unstreitig ungeheuer scharf werden, denn es steht außer Frage, daß gerade England und Frankreich in zähester Weise der deutschen Flugzeugindustrie den Rang abzulaufen versuchen werden. Ueberhaupt wird die gesetzliche Regelung des Luftverkehrs in den einzelnen Staaten einen ganz bedeutsamen Einfluß auf die zukünftige Entwicklung ausüben; fragt es sich doch sehr, ob, in welcher Weise und mit welchen Einschränkungen jetzt nach dem Kriege in der Luft herumgeflogen werden darf, weil doch ein einmal in der Luft befindliches Flugzeug eine kaum zu hindernde Bewegungsfreiheit besitzt und leicht jeglicher Kontrolle und Ueberwachung entgehen und ausweichen kann. Der einzige Faktor, der wirklich der Entwicklung der Flugtechnik im Wege stehen wird, ist der Einfluß der atmosphärischen Verhältnisse; ist es doch nahezu unmöglich, im dicken Nebel mit mehreren hundert Kilometern Geschwindigkeit zu fliegen und zu landen, abgesehen von der Schwierigkeit, sich zurechtzufinden. Auch Sturm, der die Möglichkeit des Fliegens heute an und für sich nicht mehr in Frage stellt, kann die Durchführung eines geregelten Luftverkehrs immerhin beeinträchtigen, wenn auch sie etwa vorhandene Lebensgefahr beim Fliegen absolut kein Hindernis zur Verallgemeinerung der Flugtechnik mehr bilden wird, da die Betriebssicherheit beim Flugzeug nachweislich pro Kilometer schon lange größer ist, als die irgendeines anderen Schnellverkehrsmittels.

Flugvorführungen in Skandinavien.

Im Laufe des nächsten Sommers sollen in Skandinavien große Fliegervorführungen stattfinden. Man hat Abmachungen mit einer Reihe ausländischer Flugzeugfabriken getroffen, deren Konstrukteure in Kopenhagen, Stockholm und Christiania die Kon-

[illegible] gezogen. Nach Eintreffen der ersten Nachrichten über die Vorgänge in Kiel wurden die Sicherungsmaßnahmen noch verschärft. Die seltsamsten Gerüchte gingen von Mund zu Mund. Man behauptete, daß eine Matrosendivision im Anmarsch sei, um sich im Auftrag der A.- und S.-Räte in den Besitz der Obersten Befehlsstelle zu setzen und Wilhelm II. gefangen zu nehmen. Am Abend des 8. November kam es bei einer der stärksten Formationen des G. H. Q. zu einer spontanen Versammlung in der dem Abteilungsführer die bündige Erklärung abgegeben wurde, daß viele Angehörige der Formation sich weigerten, das Leben Wilhelms II. sowohl, wie der Offiziere des G. H. Q. gegen eigene Volksgenossen zu verteidigen. Am darauffolgenden Tage wurde bei dieser Formation ein Soldatenrat gebildet, worauf sich bei den andren Truppenteilen ein gleiches Bestreben geltend machte. Dieser Vorgang dürfte den unmittelbaren Anlaß zu dem Hindenburg-Erlaß vom 10. November gegeben haben, in dem die Truppen allgemein zur Bildung von Vertrauensräten aufgefordert worden sind. Am Abend des 10. November fand eine Zusammenkunft aller Vertrauensleute des G. H. Q. statt, in der ein Zentral-Soldatenrat für das Große Hauptquartier gebildet wurde. Eine Verständigung mit den Generalstabsoffizieren wurde dann verhältnismäßig leicht erzielt.

Die Waffenankäufe der Sowjetgesandtschaft.

An das Mitglied der Reichsregierung Hugo Haase ist folgender Funkspruch des früheren Vertreters der Sowjetregierung in Berlin, Joffe, aus Moskau vom 9. Dezember eingetroffen:

Auf die Beschuldigung des W. T. B., die frühere Vertretung der Sowjetregierung in Berlin habe sich nicht nur die Verbreitung bolschewistischer Propagandaschriften in Deutschland, sondern auch die Beschaffung von Waffen angelegen sein lassen, bitte ich festzustellen, daß diese Propagandaschriften durch Vermittlung der Unabhängigen sozialdemokratischen Partei verbreitet wurden. Was den Ankauf von Waffen anbelangt, so ist die in der erwähnten Meldung angeführte Zahl von insgesamt 150 Mauserpistolen, 28 Browning- und Parabellumpistolen nebst etwa 17 000 Patronen nicht richtig. Die angeführten Waffen waren nur zur Ausfuhr nach Rußland bestimmt. Die Zahl der angekauften und dem jetzigen Minister Barth übergebenen Waffen ist, wie Sie wissen, viel höher. Auch entspricht die ungefähre Gesamtsumme der Gelder nicht den Tatsachen. Herrn Barth sind seinerzeit zum Zwecke der Beschaffung von Waffen nicht 185 000 Mark übergeben worden, sondern mehrere hunderttausend Mark. Indem ich das feststellen möchte, rühme ich mich durch diese meine Tätigkeit, die im Einverständnis mit den unabhängigen Ministern Haase, Barth und anderen geschah, auch für meine Person zum Siege der deutschen Revolution nach Kräften mitgewirkt zu haben.

Dazu erklärt uns Genosse Haase:

Es sei ihm unverständlich, daß Joffe ihn in diese Angelegenheit hineinziehen könne. Die Parteileitung der U. S. D. P. und insbesondere Haase hat sich an der Verbreitung der Propagandaschriften in keiner Weise beteiligt. Die Parteileitung hat die ihr während des Krieges gemachten Geldangebote zur Beschaffung von Waffen abgelehnt. Er selbst habe auch bis jetzt nichts davon gewußt, wieviel Waffen Barth besitzt und mit welchen Mitteln sie angeschafft sind. Barth hat für den von ihm erwarteten Ausbruch der Revolution Waffen angeschafft, [illegible] aus eigenen persönlichen Mitteln lediglich Mittel verwendet, die ihm von deutschen Parteigenossen zur Verfügung gestellt wurden.

Zusammenstöße in Chemnitz.

Bei der Ankunft der Ulanen vor den Toren von Chemnitz versuchten nach einer Mitteilung der „Tägl. Rundschau" fünf Mitglieder des A.- und S.-Rates in einem Auto die Ulanen zu entwaffnen. Das gelang ihnen nicht. Als die Ulanen erfuhren, daß ein Maschinengewehr in der Nähe stehe, gaben sie einige Schüsse gegen die Begleitmannschaften ab. Diese flüchteten zum Teil, zum Teil wurden sie festgenommen und verprügelt. Dieses Schicksal ereilte auch die Führer der Unabhängigen. Als später 100 Infanteristen den Ulanen mit geladenem Gewehr entgegenzogen, angeblich zur Begrüßung, wurden sie von den Ulanen entwaffnet und einstweilen ebenfalls abgeführt. Dann erfolgte der Einzug der Ulanen unter dem Jubel der Bevölkerung.

Die „Tägl. Rundschau" überschreibt diese Notiz mit den vielsagenden Worten: „Brave Chemnitzer Ulanen". Im Sinne dieser Ueberschrift dürfte der Bericht auch gefärbt sein. Wahrscheinlich handelt es sich wieder um eine Aufputschung heimkehrender Truppen durch provokationslüsterne Offiziere.

Eine Rechtfertigung Eisners.

Es wird uns von Herrn Robert Scheuer, z. Zt. Stellvertreter des Bayer. Gesandten in Berlin, geschrieben:

Die Folge der Schwäche und Halbheit in der Durchführung der Reformen in Berlin, speziell in der Ersetzung der Vertreter des alten Systems an leitenden Stellen, hat zum ersten gröberen auch Außenstehenden sichtbaren Eklat geführt. Aus dem Auswärtigen Amt selbst ist die unheilvolle Aktion vom Freitag herausgewachsen. Die Verwirrung in Berlin ist durch diese gegenrevolutionäre Angettelung noch größer geworden, und welche Folgen sie noch haben kann, ist nicht zu sagen.

Aber alle Mahnungen der Bayerischen Regierung blieben ungehört, selbst der Abbruch der Beziehungen zum Auswärtigen Amt wurde ignoriert — hatten doch die Herren, alle unentbehrlich (einschließlich der Verschwörer vom Freitag), sich solidarisch mit Herrn Dr. Solf erklärt. So blieb alles im alten Gleis.

Vielleicht sieht man jetzt in Berlin endlich ein, in wie großem Recht der Bayerische Ministerpräsident war.

An die Verantwortlichen aber muß jetzt noch einmal die eindringliche Aufforderung gerichtet werden, sich zu besinnen und nachzuholen, was noch nachzuholen ist.

Die bayrische Regierung gegen die Verleumder.

München, 9. Dezember. Die Behauptung der Wiener „Reichspost": Ministerpräsident Eisner habe von Paris die Weisung erhalten, Zufuhren aus Bayern nach Deutsch-Oesterreich zu verhindern, ist vollkommen aus der Luft gegriffen. Weder eine solche noch eine ähnliche Weisung ist jemals an die Adresse der bayerischen Regierung gelangt und würde von ihr auch nicht angenommen werden. Die weitere Behauptung des Wiener Blattes, daß Kohlenvorräte, die für Deutsch-Oesterreich bestimmt waren, in München und Lindau beschlagnahmt worden seien, trifft, soweit es sich um München handelt, nicht zu.

Keine tschechischen Angriffe.

München, 8. Dezember. Die Korrespondenz Hoffmann meldet amtlich: Zu den Gerüchten, die, wie wir feststellen konnten, zumeist von klerikalen Agenten ausgesprengt worden, daß die tschechische Republik beabsichtige, bayerisches Gebiet vorübergehend zu besetzen oder dauernd zu annektieren, sowie zu den Ausstreuungen über Ausschreitungen tschechischer Besatzungstruppen in Deutsch-Böhmen können wir jetzt authentisch das Folgende mitteilen:

Die tschechische Regierung denkt nicht daran, bayerische Gebiete sich anzueignen und dadurch ihre nationalen Schwierigkeiten noch zu vergrößern. Auch eine vorübergehende Okkupation sei nicht in Aussicht genommen. Sollten einmal tschechische lose Abteilungen die Grenze überschreiten, so würden sie sofort zurückgerufen werden. Auch in den von den Tschechen besetzten deutschen Gebieten Böhmens herrschen, soweit wir feststellen konnten, durchaus ruhige friedliche Verhältnisse. Es besteht ein ruhiger Austauschverkehr zwischen Tschechen und Deutschen in Lebens- und sonstigen Gebrauchsmitteln.

Ueber konterrevolutionäre klerikale Treibereien erfahren wir das Folgende: In Prag fanden am Sonntag, den 1. Dezember 1918, Unruhen statt. Die Ausschreitungen richteten sich anscheinend gegen die mit deutsch-österreichischen Kokarden versehenen Offiziere. Es wurde dann das Kloster zu Sankt Emmaus von der tschechischen Regierung besetzt und der bekannte Pater Alban, alias Schöpfleitner, verhaftet. Bei der Untersuchung fand sich sehr belastendes Material, das nach Wien und auch nach München gesponnene konterrevolutionäre Fäden bloßlegte.

Die Verwaltung Elsaß-Lothringens.

Bern, 8. Dezember. Das französische Amtsblatt veröffentlicht unter dem 6. eine Reihe von Verordnungen für die vorläufige Verwaltung in Elsaß-Lothringen; u. a. wird dadurch jeder Handel mit den Mittelmächten verboten. Die Gerichtsbeamten sind bis auf weiteres ihrer Amtsführung enthoben. Zuständig sind Kriegsgerichte. Die Eisenbahnen werden von einem Ausschuß geleitet. Beamte und Arbeiterpersonal bleiben im Dienst und werden der französischen Eisenbahnverwaltung unterstellt. Banken und Kreditinstitute haben per 30. Dezember mitternacht die Bilanz abzuschließen. „Populaire" betont: Als Sozialisten müssen wir den Grundsätzen treu bleiben, daß die Völker über sich selbst verfügen müssen. Auch das wohlverstandene Interesse Frankreichs würde mehr von einer Volksabstimmung haben.

Die Lage in Köln.

Köln, 9. Dez. Auch der gestrige Sonntag hat noch keine endgültige Entscheidung darüber gebracht, wie sich die zukünftige Besetzung von Köln gestalten und welchen Einfluß sie auf unser Wirtschafts- und Verkehrsleben haben wird. Neue Truppen sind im Laufe des Tages nicht eingetroffen; diese werden erst heute und an den kommenden Tagen erwartet. Wie die „Köln. Ztg." hört, sollen sie in den Vororten untergebracht werden. Auch diese Truppen sind noch nicht die endgültige Besatzung Kölns, sie werden vielleicht im Laufe der Zeit weiter nach Osten geschoben und durch neue ersetzt werden.

Vorgestern nachmittag hatte eine englische Kommission unter Führung eines Majors eine Besprechung mit dem Oberbürgermeister im Rathause. Wie die „Köln. Ztg." erfährt, wurde in der Hauptsache die Frage der Unterbringung des demnächstigen Gouverneurs der Stadt Köln, des englischen Generals Ferguson, erörtert. General Ferguson trifft am Dienstag in Köln ein, um sein Amt antreten. Er wird von einer Leibwache von etwa 250 Mann begleitet sein, die im Innern der Stadt Quartier beziehen soll. Im übrigen wird die innere Stadt voraussichtlich von besetzten Truppen frei bleiben. Ein Beauftragter des Generals wird wahrscheinlich heute in Köln eintreffen und dem Oberbürgermeister die für die Stadt beabsichtigten Verordnungen mitteilen. Bisher sind besondere Verordnungen nicht erlassen worden außer einer Bekanntmachung, daß der gesamte Verkehr mit Autos und Kraftfahrzeugen innerhalb der Stadt und über den Rhein von Montag 10 Uhr ab untersagt ist.

Der Vollzugsrat an die russische Regierung.

Berlin, 8. Dezember. Der Vollzugsrat Berlin des Arbeiter- und Soldatenrats hat an die russische Regierung folgenden Funkspruch gerichtet:

„Wir haben mit Befriedigung Kenntnis genommen, daß die Sowjetregierung alles aufbietet, um einen Zusammenstoß mit deutschen Truppen zu vermeiden, und bitten auch weiterhin mit Entschiedenheit Sorge zu tragen, daß russische Truppen erst nachrücken, wenn die deutschen Truppen bereits fort sind, damit Reibungen auf alle Fälle vermieden werden.

Wir sprechen nochmals unsere Freude über das angekündigte Erscheinen der Delegation aus."

Asquith für Gerechtigkeit und Völkerbund.

Haag, 9. Dezember. Aus London wird gemeldet: Asquith sagte in einer Rede am 7. Dezember u. a., daß alles getan werden müsse, damit Gerechtigkeit ausgeübt werde. In bezug auf den Besuch des Präsidenten Wilson sagte er, daß die Welt darin eins sei, daß der Gedanke des Völkerbundes aus der Theorie in die Praxis übertragen werden müsse. Nach seinem Urteil ist die beste Sicherheit gegen die Gefahren, die die gegenwärtige Friedenskonferenz bedrohen, ein Zusammengehen Amerikas und Englands. Es müsse deutlich gesagt werden, daß ein Völkerbund nicht das Aufhören der Konkurrenz in Handel und Industrie bedeute.

Eine Kundgebung für den Rechtsfrieden.

Gestern mittag veranstalteten die pazifistischen Organisationen „Deutsche Friedensgesellschaft", „Deutscher Frauenausschuß für dauernden Frieden", Bund „Neues Vaterland" und „Zentralstelle für Völkerrecht" im Opernhaus eine Kundgebung für Rechtsfrieden als Appell an das Weltgewissen. Nach Reden von Dr. H. Dernburg, Prof. W. Schücking, Dr. Helene Stöcker wurde eine Entschließung angenommen, wonach der Völkerbund nicht zu einem Instrument der wirtschaftlichen Verknechtung Deutschlands und der Ausbeutung künftiger Generationen werden dürfe, sondern Wilsons Bedingungen müßten für die Idee eines Rechtsfriedens grundlegend sein. Im Namen des Weltgewissens seien alle pazifistischen Organisationen der Gegner wie der Neutralen aufzurufen, diese Idee bei allen Menschen guten Willens zu unterstützen.

Eine zweite Entschließung forderte den Zusammenschluß aller pazifistischen Organisationen Deutschlands, um mit den gleichgerichteten Organisationen des Auslandes zusammen zu wirken.

Politische Nachrichten.

Weniger Bier als bisher wird es in Zukunft geben. Um noch mehr Gerste für die Herstellung von Graupen und die Brotstreckung freizumachen, hat der Staatssekretär des Reichsernährungsamts, Wurm, angeordnet, daß die Gerstenbelieferung der Bierbrauereien wesentlich einzuschränken ist. Die Brauereien werden nur bis zu 5 Prozent des Friedensverbrauches an Gerste beliefert werden. Durch diese Anordnung wird die den Brauereien überwiesene Menge Gerste etwa um ein Drittel der bisherigen Belieferung gekürzt und es ist Sorge getragen, daß die frei werdende Menge im Betrage von ungefähr 27 500 Tonnen sofort den Graupenmühlen zugeführt wird. Eine weitere Kürzung war nicht möglich, weil die Brauer bereits beliefert waren und die Gerste vermälzt hatten.

Die Zulagen zu Invaliden-, Witwen- und Witwerrenten aus der Invalidenversicherung und zu Verletztenrenten aus der Unfallversicherung werden unter den bisherigen Voraussetzungen bis Ende des Jahres 1919 weitergewährt werden. Die Zulage soll künftig auch solchen Verletzten gewährt werden, die mehrere Unfallrenten von je weniger als zwei Drittel der Vollrente beziehen, wenn die Vombundertsätze zusammengerechnet mindestens die Zahl 66⅔ ergeben.

Klagen über Freilassung von Kriegsgefangenen ohne genügende Existenzmittel sucht die deutsche Waffenstillstandskommission durch längere Ausführungen zu entkräften, indem sie darlegt, daß die deutsche Regierung alles zur ordnungsmäßigen Uebergabe der Kriegsgefangenen getan habe. Bei den angeblich „davon gejagten" Gefangenen könne es sich nur um solche handeln, die während der Revolutionstage ihrer Aufsicht entlaufen sind oder sich sogar gewaltsam befreit haben. Die Waffenstillstandskommission erhebt anschließend in heftigen Worten die Anschuldigung gegen die Entente, sie erhebe die Vorwürfe nur, um einen Vorwand für die „gehässige und brutale" Durchführung der Waffenstillstandsbedingungen zu haben.

Gegen die Hinausschiebung des Wahltermins zur Nationalversammlung erhebt in sehr anmaßlicher Sprache der „Reichsausschuß der akademischen Berufsstände" Protest. Dem Reichsausschuß genügt — so heißt es — die wiederholte Versicherung der Reichsleitung nicht, daß sie auf dem Boden der baldigen Einberufung steht. Den Akademikern, die sich sofort und freiwillig der Regierung zur Verfügung gestellt haben, ist es nicht möglich, diese Zusage aufrecht zu erhalten, wenn die Reichsleitung es nicht vermag, den Volkswillen bald zur Geltung zu bringen.

Der Betrieb der bayrischen Geschützwerke (Krupp) ist vom 1. Dezember ab stillgelegt worden. Die Arbeiterschaft hat ihre Kündigung erhalten, doch werden die Löhne noch für einen Monat ausgezahlt werden. Andere Rüstungsbetriebe werden dem Beispiele Krupps folgen. Die Umstellung der bayrischen Industrie in die Friedenswirtschaft kann sich nur unter großen Schwierigkeiten vollziehen, da es ihr an Kohlen, elektrischer Kraft und Rohstoffen mangelt.

Eine Berichtigung verbreitet W. T. B.: Der früher in der Nachrichtenabteilung, jetzt in der politischen Abteilung des Auswärtigen Amtes tätige Legationsrat Werner von Rheinbaben bittet uns, zu erklären, daß er nicht identisch ist mit dem in der Bekanntmachung der Regierung genannten Beamten des Auswärtigen Amtes.

Heimbeförderung der Kriegsgefangenen.

Das Schicksal der deutschen Gefangenen.

Ueber die Heimschaffung der fremden Kriegs- und Zivilgefangenen in Deutschland in die Länder der Entente ist ein Abkommen abgeschlossen worden, dessen Hauptbestimmungen sind, daß die Gefangenen, die auf dem linken Rheinufer untergebracht sind, dort den Militärbehörden der Entente übergeben werden; die Gefangenen, die in Mitteldeutschland und in den östlich des Rheins gelegenen Teilen von Norddeutschland untergebracht sind, werden im allgemeinen auf dem Seewege zurückgeführt; die Gefangenen, die sich in Süddeutschland befinden, werden im allgemeinen mit der Eisenbahn durch die Schweiz heimbefördert.

Im Anschluß an dieses Abkommen teilt Wolffs Bureau mit, daß bis zum 7. Dezember an Kriegsgefangenen der alliierten Mächte abbefördert wurden: aus Deutschland Franzosen und Belgier 727 Offiziere, 50 000 Mann, Engländer

---

Geräte zeigen sollen, die auf dem Gebiet des Flugwesens im Kriege gemacht worden sind.

Till Eulenspiegels letzter Streich.

Als Eulenspiegel mit Klaus Rumfurz von Buckow nach Landsberg wanderte und, wie es seine Art war, lachend auf der Landstraße hin und her sprang, fragte ihn eine Meile von Strausberg ein Bauer um den Weg nach Buckow. Sofort setzte Eulenspiegel eine eulenhaft ernste und kundige Miene auf, legte den Bauer, den er am Rockknopf hielt, in ein langes Gespräch über die Beschwerden seines Weges fest und zog ihn dabei unvermerkt mehrmals im Kreise herum, bis der das Gesicht wieder nach Strausberg kehrte. Dann hieß er ihn nur den Weg gerade entlang gehn, er werde schon hinkommen, wo er herkomme. Damit meinte er Strausberg, wo der Bauer herkam, indessen dieser es auf Buckow, wo Eulenspiegel aufgebrochen war, bezogen glaubte.

Als er sich dem Tore von Strausberg umspähend näherte, sah er den Bauer schwankend vor Wut auf den Weg schimpfen. Eulenspiegel erhob ein großes Gelächter und beschloß, den Spaß besser zu wiederholen. Er drehte ein Zeichen vor dem Tore, das den Weg in die Stadt anzeigte, so daß es nun auf den im Dunkel versinkenden See wies, und ging in seine Herberge. Er warf sein Bündel hin und fand viel Platz, denn es war nur eine armgekleidete Bäuerin mit einem Säugling da. Sie erzählte Eulenspiegel, der lustig war und nicht sehr acht gab, daß sie ihren Mann erwarte. Er treibe eine Kuh her, für die sie lange gespart hätten; und nun solle es dem Kinde, dem ihre eigene Brust versage, besser gehn.

Eulenspiegel hatte sich eben in halben Schlaf gestreckt, als die Tür scholl und sich ein großer triefender Mann hereinschüttelte. Jammernd erklärte der der aufgeschreckt schweigenden Frau, daß er den Wegweiser nachgegangen sei und sei doch in den Sumpf und See geraten. Die neue Kuh, die schöne schwarze, sei heulend versunken. Kaum habe er sich selbst heraushelfen können.

Dann saß er stumm. Das Weib hatte aufgeheult, nun jammerte es in der Stube herum. Davon tat auch das Kind sein kleines rotes Gesicht auf und begann zu wimmern. Da duckte sich Eulenspiegel und die Hände zitterten auf seinen Knien.

Er lief vor die Tür, in eine Straße mit kleinen Häusern, und Nacht darüber, Wolken und Sternen. Trotz des fegenden Windes hörte er das Geschrei des hungernden Säuglings. Klaus Rumfurz kam um die Ecke, für den nächsten Morgen den Weg mit ihm zu bereden. Till Eulenspiegel sagte Ja zu allem, und hinter ihm her, mit vernichteter Stimme: „Morgen, ja ja — morgen."

Rudolf Leonhard.

1226 Offiziere, 30 000 Mann, Amerikaner 1 Offizier, 150 Mann, Italiener 2500 Mann; aus nun von der Entente besetztem Gebiet: Franzosen 54 700 Mann, Engländer 31 700 Mann, Italiener 22 800 Mann, Portugiesen 2000 Mann. Nicht eingerechnet sind dabei eine große Zahl solcher Kriegsgefangener, die sich aus Lagern und Arbeitsstätten eigenmächtig entfernt haben.

Die Bemühungen der deutschen Regierung werden unentwegt fortgesetzt, die in gegnerischer Hand befindlichen deutschen Kriegsgefangenen alsbald unter möglichst gleichen Voraussetzungen zurückzuerhalten.

In der Unterkommission für Kriegsgefangenenfragen der Internationalen Waffenstillstandskommission wurde in dieser Angelegenheit bereits ein Versuch unternommen. Der französische Vorsitzende, Oberst Demain forderte größere Freiheit für die in Deutschland befindlichen Kriegsgefangenen. Nach den Bestimmungen des Waffenstillstandsvertrages hätten sie umgehend heimbefördert werden müssen. Da dies nicht möglich gewesen sei, müsse der Wunsch nach größerer Freiheit als berechtigt angesehen werden. Der Vertreter des Kriegsministeriums, Major v. Pabst, schlug vor, daß diese Angelegenheit durch gegenseitige Zugeständnisse geregelt werden möge, indem auch die Lage der in den Ländern der Entente befindlichen kriegsgefangenen Deutschen eine Erleichterung erführe. Dies wurde von Oberst Demain abgelehnt mit dem Hinweis darauf, daß der Waffenstillstandsvertrag sich lediglich auf die in Deutschland befindlichen Angehörigen der Entente beziehe. Den in den Ententeländern befindlichen gefangenen Deutschen würden durch den Waffenstillstandsvertrag keinerlei Rechte eingeräumt. Sie würden deshalb weiter mit derselben Strenge wie bisher behandelt werden müssen.

Auf weitere Vorstellungen der deutschen Delegierten, die u. a. darauf hinwiesen, daß vor dem Waffenstillstand bei den in Bern geführten Verhandlungen auf das Verlangen Frankreichs nach Zugeständnissen im Namen der Menschlichkeit die deutschen Behörden der Berufung auf diese Grundsätze nachgekommen seien, indem sie die Heimbeförderung der kriegsgefangenen Familienväter und der in höherem Alter als 45 Jahren befindlichen Leute ohne Anrechnung der Kopfzahl bewilligt hätten. Deshalb sei es berechtigt, wenn im Namen der Menschlichkeit gleichfalls Erleichterungen für die kriegsgefangenen Deutschen verlangt würden.

Der französische Vorsitzende erklärt hierauf, daß er die Bestimmungen des Waffenstillstandes lediglich deshalb angeführt habe, weil sie über die Behandlung der in den Ländern der Entente befindlichen kriegsgefangenen Deutschen nichts enthalten. Verhandlungen über deren Schicksal könnten demnach nicht auf der Tagesordnung der Waffenstillstandskommission und ihrer Unterkommission stehen. Dagegen stelle er anheim, bei den am 12. und 13. Dezember in Trier stattfindenden Verhandlungen über eine Verlängerung des Waffenstillstandes die Aufnahme von Bestimmungen über die Behandlung der kriegsgefangenen Deutschen zu erwirken. Der deutsche Vertreter nahm von diesen entgegenkommenden Hinweis Kenntnis und sagte zu, daß er sich in der angegebenen Richtung bemühen werde.

Ein Aufruf an die Arbeitslosen.

Die Arbeitsgemeinschaft der industriellen und gewerblichen Arbeitgeber- und Arbeitnehmerverbände wendet sich mit folgendem Aufruf an das werktätige Volk Deutschlands:

Was kann uns retten?

Uns allen droht der Untergang. Unerhörte feindliche Waffenstillstandsbedingungen und überhastete Demobilmachung haben das Räderwerk unserer Wirtschaftsmaschine aufs schwerste geschädigt. Arbeitsgeist und Ordnungssinn sind gelähmt; viele verharren in Untätigkeit. Der Ueberfüllung der Großstädte steht Arbeitermangel in den Industriebezirken und in der Landwirtschaft gegenüber.

Arbeitermangel herrscht im Bergbau. Die Kohle ist die Kraftquelle der Volkswirtschaft. Die Kohlennot ist aufs höchste gestiegen. Die Fabriken müssen feiern. Wir müssen frieren und warme Nahrung und Wohnung entbehren.

Arbeitslose, helft Kohle fördern!

Arbeitermangel herrscht in der Eisen- und Stahlindustrie. Eisen ist das Rückgrat des Erwerbslebens. Ohne eisernen Pflug und Spaten keine Ackerbestellung, keine Ernte, daher keine Nahrung. Ohne eiserne Maschinen keine Textilindustrie, daher keine Kleidung. Ohne eiserne Werkzeuge und Geräte keine Bautätigkeit, daher keine Wohnung. Ohne Eisen keine Lokomotiven, keine Eisenbahnwagen, keine Schiffe, daher kein Verkehr.

Arbeitslose, helft Eisen schaffen!

Arbeitermangel herrscht vielerorts im Transportgewerbe. Das Transportgewerbe ist das Triebrad des Volkslebens. Unsere Verkehrsmittel sind abgenutzt. 5000 Lokomotiven und 150 000 Güterwagen hat uns die Entente weggenommen. Mit dem verbliebenen Rest müssen wir gut wirtschaften. Ohne schnelle Entladung kein geregelter Güterumlauf.

Arbeitslose, helft den Güterverkehr beschleunigen!

Arbeitermangel herrscht in der Land- und Forstwirtschaft. Die Landwirtschaft ist unsere Nährmutter. Kartoffeln stecken noch in der Erde und drohen zu verderben. Dem Milchvieh fehlt die Pflege. Getreide bleibt ungedroschen, und das in einer Zeit größter Nahrungsmittelknappheit! Bäume werden nicht gefällt, es fehlt an Bau-, Brenn- und Grubenholz.

Arbeitslose, geht in die Land- und Forstwirtschaft!

Ausgleich der Arbeitskräfte ist das Gebot der Stunde. Arbeitslose, bleibt nicht in den Großstädten! Arbeitsgelegenheit wird noch lange fehlen, weil Roh- und Hilfsstoffe nicht herankommen und Aufträge ausbleiben! In die überfüllten Fabriken der Großstädte strömen jetzt die Feldgrauen hinein, die ein Recht auf ihren alten Platz haben.

Arbeiter, ihr habt euer Schicksal in der eigenen Hand!

Wer arbeitet, nutzt sich selbst und seinen Volksgenossen. Wer nicht arbeitet, versündigt sich an der Allgemeinheit und schadet sich selbst.

Noch nie in seiner Geschichte war das deutsche Volk auf Gedeih und Verderben so auf gemeinsame Arbeit angewiesen, wie in den nächsten Wochen und Monaten.

Volksgenossen, erkennt und übt wahre Solidarität!

Stärkt den Arbeitswillen und das Verantwortungsbewußtsein, sonst macht ihr euch mitschuldig am Untergang unseres Volkes.

Arbeitslose, meldet euch bei den Arbeitsnachweisen und holt euch Rat bei den Demobilisierungsausschüssen in den Stadt- und Landkreisen.

Bei Arbeitswechsel ist freie Eisenbahnfahrt aus öffentlichen Mitteln gewährleistet.

Gewerkschaftliches.

Die Postaushelfer und ihre Lage.

Die Postaushelfer und Helferinnen versammelten sich in zahlreicher Weise am Freitag, den 6. Dezember in den Haverlandfestsälen, Neue Friedrichstraße.

Der Referent Werner vom Transportarbeiterverband sprach über das Thema: Welche Nutzanwendung ziehen die Postaushelfer aus der Revolution und wie gestalten sie ihre Interessenvertretung. Der Redner wies darauf hin, daß das Koalitionsrecht für alle Staatsbetriebe eingeführt sei. Nunmehr können auch diejenigen Berufe, welche sich bisher nur unter sehr schwierigen Verhältnissen organisieren konnten, es leicht haben, dieses nachzuholen um ihre wirtschaftliche Lage zu verbessern. Bei der Post herrschen sehr verschiedene Lohnsätze. Trotzdem die Postaushelferinnen dieselbe schwere Arbeit zu verrichten haben, wie früher die Männer, erhalten sie weniger Lohn.

Nur durch Organisation ist es möglich, durchzusetzen, daß für gleiche Arbeit auch der gleiche Lohn bezahlt wird.

In vielen Postämtern handeln die Vorgesetzten genau so rücksichtslos, wie vor der Revolution es geschehen ist. Es wird Zeit, daß der Geist der Revolution auch hier Einzug hält. Die Arbeitszeit wird trotz der Verkürzung vielfach verlängert, ohne daß hierfür eine Extrabezahlung eintritt. Es heißt immer noch den Mund halten und nicht mucksen.

Mit Schimpfworten ist man nicht wählerisch. Die Urlaubserteilung ist sehr ungerecht und willkürlich. Wegen Erkrankung finden häufig Entlassungen statt. Redner geht dann noch ausführlich auf eine ganze Anzahl Mißstände ein, welche beseitigt werden können, wenn dafür gesorgt wird, daß auch der letzte Kollege und Kollegin sich dem Transportarbeiterverbande anschließt. Einige Kollegen stimmten in der Diskussion dem Referenten in jeder Weise zu und forderten ebenfalls, daß auf allen Postämtern die Kollegen und Kolleginnen sich organisieren. Vertrauensleute sind sofort auf allen Postämtern zu bestimmen und deren Adressen im Verbandsbureau zu übermitteln.

Das Verbandsbureau befindet sich im Gewerkschaftshaus, Engelufer 14/15 2. Stock, Zimmer 42—44.

Sozialpolitische Pläne und Arbeiterausschüsse.

Unterstaatssekretär Giesberts vom Reichsarbeitsamt teilt mit: Im Reichsarbeitsamt wird eine Verordnung ausgearbeitet, welche die Rechtsverbindlichkeit der Tarifverträge, das Einigungswesen über Arbeitsstreitigkeiten, sowie die Bildung von Ausschüssen der Arbeiter und Angestellten in den Betrieben für das ganze Reich einheitlich regelt. Die Vorarbeiten für diese Verordnung sind nahezu abgeschlossen, so daß die Veröffentlichung in nächster Zeit zu erwarten steht. Es empfiehlt sich, bis dahin Umbildungen und Neuwahlen von Arbeiterausschüssen zu unterlassen, auch wenn solche von Arbeiter- und Soldatenräten, die nicht im Auftrag der Reichsregierung handeln, angeordnet werden.

Eine grobe Täuschung der Angestellten wird durch die Verbreitung eines Flugblattes versucht, in dem die anonym bleibenden Macher als große gewerkschaftliche Organisation den Freien Angestelltenverband bezeichnen, der seine Existenz nicht dem wirtschaftlichen Bedürfnis der Angestellten, sondern höchstens dem Geldbedürfnis seiner Gründer verdankt. Der wesentlichste Inhalt des Flugblattes ist eine Aufforderung zur Zahlung für Zwecke, die noch völlig im Dunkeln liegen. — Der übrige Text ist so verworren, daß nur geistig Schwerfällige darauf hineinfallen können. Die gewerkschaftliche Organisation der kaufmännischen Angestellten ist der Zentralverband der Handlungsgehilfen, der der Generalkommission der Gewerkschaften angeschlossen ist und während seines mehr als 20jährigen Bestehens die Interessen der kaufmännischen Angestellten mit Energie verfochten hat. Der Zentralverband der Handlungsgehilfen ist der einzige Handlungsgehilfenverband auf freigewerkschaftlicher Grundlage. Wenn andere Vereine dasselbe von sich behaupten, so handeln sie wider besseres Wissen. Kolleginnen und Kollegen, Augen auf und Taschen zu.

Groß-Berlin.

Der Befehl: Abriegeln!

Wie uns nachträglich mitgeteilt wird, waren am Freitag nachmittag auch an der Kottbuser Brücke Soldaten aufgeboten, um die aus einer Versammlung des Gewerkschaftshauses Kommenden „aufzuhalten". Von der zuständigen Polizeiwache ging ein Beirat-mitglied der Meldung nach und stellte fest, daß im Torweg der dortigen Filiale der Deutschen Bank ein Unteroffizier mit 20 Mann dort postiert waren. Auf die Frage, was sie hier wollten und wer sie beauftragt habe, erklärte der diensthabende Unteroffizier, er habe Befehl, die aus der Versammlung Kommenden aufzuhalten und die Stelle an der Kottbuser Brücke „abzuriegeln". Der Befehl sei an die 4. Abteilung in der Manteuffelstraße von der Kommandantur erfolgt. Auch drüben im Torweg Skalitzer Straße 139 stünden weitere 20 Mann mit demselben Auftrag. Als ihm gesagt wurde, es seien genügend Leute auf dem Polizeiteiler, wenn überhaupt etwas Ungehöriges sich ereignete, erklärte der Unteroffizier, das sei ja sehr gut, dann könnten sie eine gemeinsame Kette bilden. Dieser Vorschlag wurde abgelehnt und den Leuten im Gewerkschaftshaus Bescheid gegeben. Bemerkenswert ist, daß das Militär zwei Maschinengewehre mit sich führten. Wenn also hier nicht ein ähnliches Blutbad wie in der Chausseestraße angerichtet wurde, so ist das nur unsern Genossen zu danken, die den Versammelten sofort Bescheid gaben. Wir sind neugierig, ob auch in diesem Falle die Kommandantur erklären wird: Wir wissen von nichts!

Die Berliner Mitgliedschaft des Bundes der Industriellen hat in einer Versammlung am 7. Dezember in einer Resolution erklärt, daß sie für die „früheste" Einberufung der Nationalversammlung eintritt und von der Regierung fordert, „daß sie regiert." „Von den Führern der Arbeiterschaft, vor allem von den Vertrauensmännern der Gewerkschaften, wird erwartet, daß sie sich trotz der Schwere der Zeit als wirkliche Führer zeigen, daß sie sich nicht beiseite schieben lassen von bisher unorganisierten Zanatikern und jugendlichen Schreiern, die durch unsinnige Forderungen, durch Willkür und Anarchie jede Produktion unmöglich machen." Die Herren Industriellen wünschen die Gewerkschaften als Schutztruppe ihrer Interessen. Sehr schmeichelhaft.

Reisen in nichtdeutsches Gebiet. Während des Krieges waren zu Reisen in das besetzte Gebiet militärische Passagierscheine erforderlich. Diese werden jetzt nicht mehr ausgestellt, da alle Bestimmungen darüber vom Kriegsministerium am 2. Dezember 1918 aufgehoben worden sind. Zu Reisen in nichtdeutsches Gebiet bedarf es nur noch der Mitwirkung der Paß- und Sichtvermerkbehörden, d. h. der Polizeibehörden des Wohnorts. Auch für feindliche Ausländer fällt der militärische Passierschein fort.

Falsche Zinsscheine sind in Umlauf. Die Fälscher erhöhen den Betrag durch Vordruck von Zahlen, gehen aber oft zu plump zu Werke, daß sie nur die auffällige schwarze und nicht auch die andersfarbige blassere Zahl unten auf den Scheinen ändern, noch weniger die in Buchstaben ausgeschriebene Summe. Trotzdem fanden sie auch hierfür Abnehmer. Am Sonnabend nachmittag wurde einer mit einem Schein erwischt, den er von 5,— auf 125,— Mark gefälscht hatte und in einem Warenhause am Alexanderplatz ausgeben wollte. Der Verhaftete entpuppte sich als ein 31 Jahre alter russischer Weber Otto Kurzmann, der in Berlin wegen Erpressung schon mit Zuchthaus bestraft ist.

Bekleidungsindustrie. Für die Bekleidungsindustrie sind 60 Arbeiterräte zu wählen. Es findet Listenwahl statt. Listen sind bis Mittwoch, den 11. 12. d. J., mittags 12 Uhr, beim Wahlkomitee, Sebastianstr. 37—38, beim Verband der Schneider einzureichen.

Arbeiter-Samariter-Kolonne Berlin. Samaritergenossen, es ist nötig, beim Einzug der Truppen die beiden Wachen am Brandenburger Tor und Neue Wache zu besetzen. Wer frei ist, melde sich Dienstag, vormittag 8½ Uhr, Melchiorstr. 15, zur weiteren Verteilung. Gustav Dietrich, Vors., Klopstockstr. 25.

Amtliche Bekanntmachungen.

Wahlreglement für die Soldatenräte des Regierungs-Bezirks Potsdam.

Zur Herbeiführung einer geordneten Wahl ist es notwendig, daß bei jedem S.-Rat der einzelnen Kreisstädte bzw. Garnisonorte des Reg.-Bezirks Potsdam, Wahlbureaus, bestehend aus Mitgliedern der S.-Räte gebildet werden. Diese Wahlbureaus haben die Aufgabe, die Wahl zu der am 16. Dezember in Berlin stattfindenden Delegiertenversammlung der S.-Räte Deutschlands innerhalb ihres Kreises nach folgendem Wahlreglement zu leiten.

a) Jede Formation (Truppenteil, Lazarett, Behörde) innerhalb der einzelnen Wahlkreise des Reg.-Bezirks Potsdam meldet am Stichtage, den 11. Dezember, seine tatsächliche Stärke dem Wahlbureau seines Garnisonortes bzw. seiner Kreisstadt.

b) Jede Formation stellt bis zum Stichtage eine namentliche Wählerliste auf, die sämtliche beim Truppenteil befindliche Militärpersonen enthält. Es ist Pflicht jeder Militärperson, sich von der Eintragung in die Wählerliste selbst zu überzeugen.

c) Die aufgestellten Listen sind verantwortlich unterzeichnet vom S.-Rat der Formation bis zum 12. Dezember dem Wahlbureau ihres Garnisonortes bzw. Kreisstadt einzureichen. Das Wahlbureau sendet dieselben zusammen mit den Wahlergebnissen bis zum 13. Dezember abends an das Zentralwahlbureau beim S.-Rat Potsdam, Priesterstr. 13, ein. Später eingesandte Listen werden nicht berücksichtigt.

d) Die gemäß Ziffer 3 und 4 des Reglements gewählten Delegierten treten am 15. Dezember, vormittags 11 Uhr, in Potsdam zusammen und wählen hier die Delegierten zum Delegiertentag der S.-Räte Deutschlands.

Wahlreglement.

1. Wahlberechtigt sind sämtliche noch nicht entlassene und rechtsmäßig beurlaubte Militärpersonen, wählbar sind alle noch nicht entlassene und rechtsmäßig beurlaubte Militärpersonen, die 20 Jahre und älter sind.

Behelfsmäßig entlassene Personen wählen durch die A.-R.

2. Auf je 1000 Mann kommt ein zu wählender Vertreter. Wenn die Schlußzahl 500 überteigt, ein weiteres Mitglied.

3. Formationen über 1000 Mann bilden einen Wahlkörper für sich und wählen selbständig in einer Versammlung aus jeder Formation einen Delegierten.

4. Kleinere Formationen (Lazarette, Genesungsheime usw.) werden durch die Wahlbureaus in den Kreisstädten bzw. Garnisonorten zusammengesetzt. Sie wählen auf je 100 (Grenze von 50 darunter bis 50 darüber) einen Vertreter. Die Vertreter der zu einem Wahlkörper zusammengesetzten Formationen wählen aus je 10 Vertretern einen Delegierten.

5. Die Wahl der Delegierten durch die größeren Formationen findet ebenso, wie die Wahl der Vertreter der kleineren Formationen am Donnerstag, den 12. Dezember um 10 Uhr vormittags statt. Die Wahl der Delegierten aus je 10 Vertretern gemäß Ziffer 4 am gleichen Tage nachmittags 2 Uhr statt.

6. Sämtliche vorschriftsmäßig mit Gebührnissen beurlaubten Militärpersonen lassen sich unter Vorlage des Urlaubsscheines in die bei der nächstgelegenen Formation ausgelegten Wählerlisten eintragen und wählen am 12. Dezember 10 Uhr vormittags gemeinsam mit Militärpersonen der betr. Garnison.

7. Kommandierte wählen bei den Formationen, bei denen sie am 12. Dezember zugeteilt sind.

Beförderung der zur Entlassung kommenden Mannschaften.

Amtlich wird bekannt gegeben: Die vom Feld- und Besatzungsheer zur Entlassung kommenden Mannschaften, die während des Krieges trotz Geeignetheit und Tüchtigkeit aus dienstlichen Gründen zu keinem höheren Dienstgrade befördert werden konnten, dürfen im Hinblick auf Abschnitt B XIII Ziffer 11/Ba — S. 89 — der K. Beförddest. bei ihrem Ausscheiden durch den zuständigen Truppenvorgesetzten unter Gegenzeichnung des Soldatenrates zum nächsthöheren Dienstgrade überzählig befördert werden. Bei diesen Beförderungen sind unter Beachtung der Anzahl der Kriegsjahre und hervorragenden Leistungen in erster Linie die schwerverwundeten, demnächst die nicht mehr wehrpflichtigen und schließlich die Mannschaften der älteren noch dienstpflichtigen Jahrgänge zu berücksichtigen.

Im allgemeinen dürfen von den in der Spalte „Kopfzahl" der Stärkenachweisungen vorgeschriebenen Etatsstärke an Unteroffizieren und Gemeinen (ausschließlich Unterbeamte) der betreffenden Formation befördert werden:

75 Prozent der Jahrgänge	1870 bis	1880
50 „ „ „	1881 „	1890
25 „ „ „	1891 „	1897
10 „ der übrigen Jahrgänge.		

Bereits zur Entlassung gelangte Mannschaften dürfen nach Anhörung ihres letzten Truppenteils innerhalb der für diesen in Betracht kommenden Prozentzahl durch die zuständigen Bataillonskommandeure unter Gegenzeichnung des Soldatenrats zu überzähligen Dienstgraden befördert werden.

Neubeförderungen (Steuernennungen) zu höheren etatsmäßigen (überzähligen) Dienstgraden, Beförderungen nach der Dienstzeit und Beförderungen (Ernennungen) wegen Auszeichnung vor dem Feinde sowie Bestellungen von Mannschaften zu Beamtenstellvertretern haben bis auf weiteres zu unterbleiben.

Gewährungen der höheren Dienstgradgebührnisse nach der Dienstzeit an Unteroffiziere und Sergeanten sind durch den zuständigen Truppenvorgesetzten (s. § 9 der Anlage 6 zur K. Besoldungsv.) unter Gegenzeichnung des Soldatenrats auszusprechen.

Die Ausnahmebestimmungen über Beförderung der zur Entlassung kommenden Mannschaften zu überzähligen Dienstgraden werden hierdurch nicht berührt.

Für das Personal der freiwilligen Krankenpflege gelten diese Festsetzungen sinngemäß.

Verantwortlicher Redakteur: Dr. G. Nestriepke, Berlin-Wilmersdorf. Druck der Lindendruckerei und Verlagsgesellschaft m. b. H., Schiffbauerdamm 19.